

## Wieder einmal „eisern sparen“?

### Drei Prozent für die Rüstung — Neuer Betrug der SED-„Sparkassen“

Bis zum 5. Oktober werden in der gesamten Zone die „Sparwochen 1954“ durchgeführt. Eine Arbeitskonferenz der sowjetzonalen Sparkassen legte dazu die Richtlinien fest. Danach soll bis zum Frühjahr in allen Großbetrieben und Verwaltungen das Pflichtsparen nach dem Vorbild des „Eisernen Sparen“ eingeführt werden. Betriebssparkassen und ihre Agenturen übernehmen die Verpflichtung, oft noch bis zu den Wahlen eine 100prozentige Beteiligung der Belegschaften zu erreichen. Das Ziel sind langfristige Sparverträge, zu denen vom Betrieb gleich drei Prozent des Bruttoeinkommens einbehalten werden.

Ursache dieser Arbeitskonferenz und der ihr folgenden „Sparwochen“ ist das Mißtrauen des sowjetzonalen Bürgers gegenüber den Sparkassen im SED-Staat. Ein sehr berechtigtes Mißtrauen: Die Sparkassen der Sowjetzone haben bis heute sämtliche vor 1945 in Depot gegebenen Sachwerte und Wertpapiere unterschlagen. Obwohl sie einen großen Teil der Guthaben, Tresore und Papiere verlustlos übernommen haben, verweigern sie den ehemaligen Besitzern jegliche Auskunft.

Auf der anderen Seite haben die SED-Sparkassen sämtliche Schulden aus der Zeit von 1945 rücksichtslos eingetrieben und diese auch nach der Währungsreform weiter 1 : 1 gelten lassen!

### Immer wieder: Spenden

Diese und andere Betrügereien haben dazu geführt, daß die Zonenbewohner ihr Geld nicht mehr auf die Sparkasse brachten. Der Geldumlauf stand bald in keinem Verhältnis mehr zu dem mageren Warenangebot. Die SED half sich anfangs noch mit anderen Mitteln.

Im „Nationalen Aufbauprogramm“ mußten sich 1,2 Millionen Arbeitnehmer verpflichten, drei Prozent ihres Gesamteinkommens in langfristigen Sparverträgen anzulegen. Dann kam die „Sparaktion für den Fünfjahrplan“, in der abermals über eine Million Menschen

einen Teil ihres Geldes verloren.

Man gewöhnte sich daran, daß der Staat vom Lohngeld sofort wieder einen erheblichen Teil für Beiträge, Korea-Spende, Aufbauprogramm und Betriebs-sparen einbehält.

Beim Zwangssparen geht es der SED nicht etwa um die Hebung des sozialen Wohlstandes. Sie braucht Riesensummen für den nach dem Juni-Aufstand zeitweilig abgestoppten Aufbau der Schwerindustrie. Die drei Prozent, um die es diesmal geht, werden für die Rüstung der Kasernierten Volkspolizei benötigt.

Wenn der Parteisekretär eines sächsischen Großbetriebes auf der Arbeitskonferenz der Sparkassen erklärt, seine Belegschaft trete geschlossen den Sparverträgen bei, dann sind dies für die SED monatlich 200 000 Mark, die ihr allein aus diesem Betrieb zusätzlich zufließen. Außerdem sind es 200 000 Mark weniger auf dem Wirtschaftsmarkt und die HO-Schaufenster bleiben etwas länger dekoriert.

Theoretisch geht dem Arbeiter dieses Geld nicht verloren. Es wird ja „gespart“. Aber woher will die SED die Unsummen nehmen, die sie nun seit 1952 regelmäßig aus der Bevölkerung oder dem Vorwand des Sparens für irgendeine Sache erpreßt? Die SED-Sparkassen

waren nicht imstande, den Sachwertbesitzern die nach 1945 gestohlenen Werte zu ersetzen, die man längst veräußert hatte. Wenn nach Ablauf so eines Sparvertrages der Buchinhaber käme und sein Geld zurückverlangte, würde die SED sagen: „Was, jetzt, wo wir mitten im Aufbau sind, willst du dein Geld wiederhaben? Hast du denn kein Vertrauen mehr zu deinem Arbeiter- und Bauernstaat?“

### Wie kann man sich wehren?

In den meisten Fällen ist es fast unmöglich, sich gegen die Zwangssparverträge zu wehren. Die Betriebsgewerkschaftsleitung übernimmt eine Kollektivverpflichtung, die Lohnabteilungen ziehen die drei Prozent einfach ab, und der unfreiwillige „Sparer“ bekommt eine Ehrenurkunde vom Staat. Es gibt nur ein paar Ausreden:

1. Man gibt vor, einen Ansparvertrag abschließen zu wollen und das Geld dafür zu benötigen. Das heißt, man will irgendein teures Stück aus der HO — etwa eine Möbeleinrichtung — kaufen und dazu 25 Prozent „ansparen“. Dieses Geld muß wiedererstattet werden, wenn der Kauf getätigt wird. Den Ansparvertrag, bei dem man durch die HO-Überpreise auch verlieren würde, kann man dann eher hinauszögern als die andere Verpflichtung.

2. Man schützt dringende Hausratsanschaffungen vor und weigert sich hartnäckig, die drei Prozent langfristig zu verlieren. Nicht in jedem Fall wird dies möglich sein, und durchaus nicht immer ist der Erfolg sicher. Aber niemand verliert gern drei Prozent seines ehrlich erworbenen Geldes, vor allem nicht für das Rüstungsprogramm der SED.

## Die Schuldfrage von morgen

WG. Mit der Ablehnung der EVG durch das französische Parlament ist eine europäische Politik zunächst gescheitert, die fast vier Jahre hindurch unter wachsenden Schwierigkeiten verfolgt worden ist. So ist für alle beteiligten Länder eine neue Situation entstanden, auch für die Regierung und die Opposition in der Bundesrepublik.

Es gilt, neue Wege zu gehen — und zwar möglichst gemeinsam —, auf denen die unveränderlichen Ziele der deutschen Politik am besten gesichert werden können: die Einheit in Freiheit, die Unabhängigkeit und Sicherheit Deutschlands, und zwar mit dem Recht zur individuellen und kollektiven Verteidigung.

### Unerhört komplizierte Situation

Die ganze Schwierigkeit des Deutschlandproblems liegt darin, daß unser Land mit seinen fast 70 Millionen Menschen und seinem großen wirtschaftlichen Potential geographisch und politisch in der Mitte zwischen Ost und West liegt. Auf der einen Seite wird befürchtet, daß Deutschland im Falle seiner Wiedervereinigung dem Sog der sowjetischen Macht erliegen, und auf der anderen Seite, daß es seine natürliche Verbindung mit dem Westen bestätigen könnte, dem es mit Leib und Seele zugehört. Die Teilung Deutschlands ist der brutale Ausdruck der Umstrittenheit des Deutschlandproblems.

Von den Sowjets planvoll herbeigeführt, bedeutet diese Teilung, daß Deutschland als Ganzes nicht wieder eine volle politische Handlungsfreiheit erlangen soll, von der es im Sinne einer Option für die andere Seite Gebrauch machen könnte. Die machtlose Neutralisierung eines wiedervereinigten Deutschlands zwischen Ost und West ist deshalb das Ziel der sowjetischen Politik, zweifellos mit dem Hintergedanken, dieses isolierte und ohnmächtige Gebilde durch Unterwühlung und Überwucherung in den Satellitenbereich Moskaus bringen zu können.

Das ist die unerhört komplizierte Situation, in der die deutsche Politik heute steht — eingeklemt zwischen der Notwendigkeit, gegen die akute sowjetische Bedrohung eine gemeinsame europäische Sicherheit zu schaffen, und der anderen Notwendigkeit, die Wiedervereinigung Deutschlands zu verwirklichen, was jedoch nur durch eine internationale Verständigung mit Moskau möglich ist.

### Gemeinsame Außenpolitik!

Es ist keine politische Situation eines Landes denkbar, die mehr als die deutsche dem nationalen und moralischen Zwang zu einer gemeinsamen Außenpolitik aller Parteien unterliegt — der Regierung und der Opposition. Es müßte hier möglich sein, sich wenigstens auf gewisse Grundsätze zu einigen, innerhalb deren die Regierungspolitik sich entfalten könnte, ohne auf das ständige und grundsätzlich nörgelnde Nein der Opposition zu stoßen.

Es sollte z. B. keine Meinungsverschiedenheit über den Grundsatz geben, daß weder eine Wiedervereinigung ohne Rücksicht auf die Freiheit und Sicherheit Deutschlands, noch ein Streben nach Freiheit und Sicherheit ohne Rücksicht auf die deutsche Einheit möglich ist.

Der entscheidende Gegensatz zwischen den Konzeptionen der Regierung und der Opposition liegt in der Betrachtung der Möglichkeiten und in den praktischen Maßnahmen, die sich in der gegenwärtigen Situation für die deutsche Politik ergeben. Die Bundesregierung vertritt die Auffassung, daß die Sicherheit Deutschlands durch eine Mitwirkung an der gemeinsamen europäischen Verteidigung zunächst gewährleistet sein muß, damit Verhandlungen mit Moskau aussichtsvoll werden. Die Opposition ist umgekehrt der Meinung, daß ein deutscher Verteidigungsbeitrag die Wiedervereinigung Deutschlands erschweren oder verzögern oder gar unmöglich machen würde.

Unsere Erfahrungen jedoch haben von Viererkonferenz zu Viererkonferenz bewiesen, daß in dem heutigen Schwächezustand Deutschlands und Europas eine Lösung der Deutschlandfrage so nicht möglich ist,

daß sie uns mit der Einheit auch die Freiheit und Sicherheit gewährt — es sei denn, man sähe sie in einer ohnmächtigen Neutralisierung gewährleistet.

Wir müssen uns wohl vor zwei Illusionen hüten, einmal vor der Illusion, daß eine Politik der Realisierung neuer europäischer Verteidigungskraft Moskau eines schönen Tages einfach zu einem billigen Nachgeben veranlassen könnte, und dann vor der anderen Illusion, daß eine erträgliche Lösung überhaupt möglich wäre, wenn Deutschland und Europa in diese Lösung nichts anderes einbringen als ihre heutige Schwäche.

### Kollektive Sicherheit

Was schließlich das von der sozialdemokratischen Opposition geforderte kollektive Sicherheitssystem für Europa betrifft, so ist es falsch, diese Forderung der Politik der Bundesregierung entgegenzusetzen. Die Sowjetunion hat die Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems längst mit der Lösung der Deutschlandfrage verknüpft. Es gibt hier bereits östliche und westliche Vorschläge, die auf der Berliner Konferenz ergebnislos diskutiert worden sind. Einer der ersten, der diese Idee aufgriff, war übrigens der Bundeskanzler. Hier müssen nach dem Scheitern der EVG gleichfalls neue Ausgangspunkte gesucht werden. Die SPD aber sollte einsehen, daß eine vernünftige Lösung des Sicherheitsproblems, wenn es nicht in sein Gegenteil verkehrt werden soll, im heutigen Zustand deutscher und europäischer Schwäche einfach nicht möglich ist.

Wir wollen nicht ohne weiteres annehmen, daß eine nüchterne, logisch und illusionsfreie Untersuchung der Grundsätze, auf denen die deutsche Politik heute aufbauen muß, zwischen Regierung und Opposition ergebnislos bleiben müßte. Sie sollte jedenfalls stattfinden, und sie wäre sicher sehr viel nützlicher als die ewige Erörterung der Schuld am Scheitern einer gemeinsamen Außenpolitik in der Vergangenheit. Niemand aber sollte übersehen, daß es zwischen Regierung und Opposition die Schuldfrage von morgen geben wird. Sie wird nicht leicht zu tragen sein.

## Plan zur europäischen Einigung

### Ein neuer britischer Vorschlag

Bonn (AP/DPA/Eigenmeldung). Das Scheitern der EVG bedeutet keinesfalls das Ende der europäischen Einigungsbestrebungen oder gar der Pläne zur Wiederbewaffnung Deutschlands. Das hat die rege diplomatische Tätigkeit im Westen während der vergangenen Woche deutlich gezeigt. Nachdem zunächst von allen Seiten eine Einbeziehung Deutschlands in den Nordatlantikpakt befürwortet wurde als Lösung der rein militärischen Frage, ist jetzt von britischer Seite ein weiterer Vorschlag gemacht worden, der neben der militärischen Frage auch die europäische Einigung wieder in den Vordergrund stellt.

Dieser Plan, den der britische Außenminister Eden auf seiner Reise durch die europäischen Hauptstädte auch in Bonn unterbreitete, hat dazu geführt, daß Bundeskanzler Adenauer kurzfristig die geplante Regierungserklärung zur Außenpolitik absagte. Nach einem kurzen Gespräch Adenauers mit dem SPD-Vorsitzenden Ollenhauer wurde auch die außenpolitische Bundestagsdebatte verschoben, da eine „neue Lage“ entstanden sei.

In dem Kommuniké über die Besprechung Eden-Adenauer wurde „vollständiges Einvernehmen“ festgestellt.

Der Vorschlag, den Eden unterbreitete, befürwortet eine Einbeziehung der Bundesrepublik und Italiens in den Brüsseler Pakt vom Jahre 1948 zwischen Belgien, Frankreich, Luxemburg, Holland und Großbritannien. Er sieht eine enge wirtschaftliche und kulturelle Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Staaten vor und verpflichtet sie gleichzeitig zur militärischen Hilfe und Unterstützung, wenn einer von ihnen in Europa angegriffen werden sollte.

Da der Pakt keine Bestimmung über die deutsche Wiederaufrüstung enthält, sollen diese Fragen im Rahmen des Nordatlantikpaktes gelöst werden. Die Einbeziehung in den Brüsseler Pakt mit seiner besonderen Bedeutung für die innere europäische Einigung wäre ein vorbereitender Schritt zu einer direkten Mitgliedschaft der Bundesrepublik im Militärbündnis des Atlantikpaktes. Diese Kombination wäre ein voller Ausgleich für die EVG, die sowohl die militärischen Fragen wie die Frage des europäischen Zusammenhaltes be-

inhalte. Dazu kommt, daß diesmal England zu dem Bündnis gehören würde, während es sich von der EVG ferngehalten hatte.

Der Brüsseler Pakt war ursprünglich gegen Deutschland gerichtet, das man damals noch als Bedrohung ansah. Mit der Einbeziehung Deutschlands würde er einen völlig neuen, aktualisierten Sinn bekommen, und der Tatsache gerecht werden, daß nicht Deutschland, sondern die Sowjetunion die Sicherheit Europas gefährdet.

## 2,3 Mill. Motorräder

Flensburg (AP). Von 2,3 Millionen Kraftködern, die am 1. Juli im Bundesgebiet gezählt wurden, gehören nach Angaben des Kraftfahrbundesamtes in Flensburg 66,8 Prozent Arbeitern und Angestellten. Im Verkehr befanden sich am 1. Juli rund zwei Millionen Kraftködern, zu denen noch rund 450 000 Mopeds hinzuzurechnen sind, die nicht der Zulassung unterliegen und daher beim Kraftfahrbundesamt statistisch nicht erfaßt werden.

## Rat der Europäischen Bewegung

Bonn (DPA). In Bonn hat sich der Deutsche Rat der Europäischen Bewegung konstituiert. Zum Präsidenten wurde der Publizist Ernst Friedlaender gewählt. Dem Rat gehören 70 Vertreter der für ein vereinigtes Europa eintretenden Verbände, der Parteien und des öffentlichen Lebens an.

## Einigung Arbeitgeber DGB

### Gemeinsame Schlichtungsinstanzen — Auch ohne Streik

Köln (AP). Die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände und Vertreter des Bundesvorstandes des Deutschen Gewerkschaftsbundes haben beschlossen, Streitigkeiten über den Abschluß von Tarifverträgen in Zukunft durch gemeinsam vereinbarte Schlichtungsinstanzen beizulegen.

Noch vor wenigen Wochen schien es, als ob es in der Bundesrepublik zu einer Häufung von Arbeitskämpfen kommen würde. Inzwischen ist es an den möglichen Brennpunkten der sozialen Spannung, wie im Ruhrgebiet, zu friedlichen Lohnvereinbarungen gekommen.

Die Vermutung der Optimisten wurde bestätigt, daß es nämlich den Sozialpartnern bei einer vernünftigen Abwägung der gemeinsamen Interessen möglich sein müßte, Wege zu finden, um beiden Teilen die Opfer vermeidbarer Arbeitskämpfe zu ersparen.

Auf beiden Seiten war der oft bekundete Will vorhanden, zwischen Verhandlungsabbruch

und dem Extremfall des Streiks Schlichtungsorgane einzuschalten, die einen sozialen Kurzschluß, wie er offenbar sowohl in Hamburg wie in Bayern erfolgte, verhindern können. Es wäre eine Illusion, wenn man aus der Vereinbarung der Spitzenverbände folgern würde, daß es jetzt niemals mehr einen Streik geben wird. Das hat nicht einmal die staatliche Zwangsschlichtung der Weimarer Zeit erreicht, die beide Sozialpartner heute ablehnen. Man kann aber erwarten, daß ein aus eigener Verantwortung der Sozialpartner freiwillig geschaffenes Schlichtungswesen die sozialen Spannungen vermindern und den Arbeitskampf auf Ausnahmefälle beschränken wird. Die Vereinbarung der Spitzenverbände ist daher ein erfreuliches Zeichen dafür, daß der Wille zum sozialen Ausgleich auf beiden Seiten lebendig ist. Jedentfalls werden die Kommunisten in ihren Hoffnungen auf ein Aufleben des Klassenkampfes in der Bundesrepublik arg enttäuscht sein.

## Zehn Bände mit Namen...

Bonn (Eigenmeldung). Die Bundesregierung will der zur Zeit in Genf tagenden Kriegsgefangenen-Kommission der Vereinten Nationen neues Material über die deutschen Kriegsgefangenen im Osten vorlegen. Das Material, das zehn Bände umfaßt, enthält unter anderem die Namen von rund 100 000 ehemaligen Wehrmachtangehörigen, von denen zu irgendeinem Zeitpunkt nach dem Kriege ein Lebenszeichen aus der Sowjetunion vorliegt.

Nur noch etwa 9000 von diesen Kriegsgefangenen stehen jetzt noch in Verbindung mit ihren Angehörigen, wie am Mittwoch vom Bundesvertriebenenministerium mitgeteilt wurde. Schließlich teilt die Bundesregierung der Kommission mit, daß 1 150 000 ehemalige Wehrmachtangehörige im Osten vermißt sind.

## Südostasien-Pakt verwirklicht

Acht Staaten handeln gemeinsam — Rotchina protestiert

Manila (DPA/AP). Der Südostasienpakt (SEATO) ist mit der Unterzeichnung durch die acht Signatarstaaten in der philippinischen Hauptstadt Manila verwirklicht worden. Von den Sprechern der Westmächte wurde dieser Schritt lebhaft begrüßt, während Peking behauptet, es sei ein „gegen die asiatischen Völker gerichteter Militärblock“. Der Vertrag ist von unbegrenzter Dauer. Er sieht ein einheitliches Vorgehen gegen jede Aggression in Südostasien und im westlichen Pazifik vor.

Die nach dreitägigen Beratungen an der Unterzeichnung beteiligten Staaten sind: USA, Großbritannien, Frankreich, Australien, Neuseeland, Pakistan, Thailand und die Phi-

lippinen. Von den Bestimmungen wird ein Gebiet betroffen, das sich von 21 Grad 30 Minuten nördlicher Breite nach Süden erstreckt.

## Gewerkschaften gegen Kommunismus

Brighton (AP). Der britische Gewerkschaftskongreß hat mit unerwartet großer Mehrheit jegliche Zusammenarbeit mit dem Kommunismus abgelehnt und gleichzeitig indirekt der Führung der Labour-Partei, deren offizielle Delegation unter Attlee und Philipps vor kurzem in Moskau und Peking weilten, eine scharfe Rüge erteilt.

einstimmenden Berichten aus der sowjetischen Hauptstadt seine Stellung als Zentrum der Sowjetmacht weitgehend eingebüßt. Schon kurz nach Stalins Tod zogen mehrere Ministerien in den Wolkenkratzer um, der gegenüber dem Roten Platz errichtet worden war. Wie verlautet, soll jetzt auch Ministerpräsident Malenkow die frühere Schutz- und Trutzburg der Zaren, die seit der Oktoberrevolution 1917 sowjetischer Regierungssitz war, verlassen haben.

## Freie Wahlen bleiben Bedingung

Die westliche Antwortnote an Moskau

London (AP/DPA). Die Regierungen der drei Westmächte haben der Sowjetunion in gleichlautenden Noten mitgeteilt, daß sie die Unterzeichnung des Staatsvertrages für Österreich und die sowjetische Zustimmung zu freien gesamtdeutschen Wahlen unter internationaler Kontrolle als Voraussetzung für die neue Viermächtekonferenz betrachten.

Mit den Noten werden die sowjetischen Vorschläge vom 24. Juli und 4. August beantwortet, in denen die Sowjetunion eine Viermächtekonferenz über die deutsche Wiedervereinigung und zur Vorbereitung einer gesamteuropäischen Konferenz über ein gemeinsames Sicherheitssystem vorgeschlagen hatte.

In ihren Antworten lassen die Westmächte die Tür zu Viermächteverhandlungen offen, betonen jedoch, daß eine Abänderung oder Aufgabe des NATO-Paktes nicht in Frage komme.

Der Passus über die Frage des deutschen Verteidigungsbeitrages enthält nach Ansicht politischer Beobachter in London zum erstenmal eine klare und verpflichtende Einwilligung der französischen Regierung zur Wiederbewaffnung der Bundesrepublik. Er lautet:

„Die Assoziierung der Bundesrepublik Deutschland mit anderen friedliebenden Staaten Westeuropas in einem gemeinsamen Verteidigungssystem, und zwar lange nach der Wiederbewaffnung Ostdeutschlands, soll jede Nation daran hindern, Zuflucht zur Drohung mit Gewalt zu nehmen. Das ist die beste Garantie für die Sicherheit aller Nachbarn Deutschlands, Deutschlands selbst und ganz Europas.“

In den Noten heißt es weiter, nicht ein gesamteuropäischer Vertrag nach sowjetischem Muster könne die Sicherheit Europas gewährleisten, sondern nur die Lösung konkreter Probleme.

Sofern die Sowjetunion der Unterzeichnung des österreichischen Staatsvertrages zustimme und außerdem freie gesamtdeutsche Wahlen unter internationaler Kontrolle zulasse, seien die Westmächte bereit, einer neuen Sitzung der vier Außenminister zuzustimmen.

Als geeignete Grundlage für Verhandlungen über das Deutschlandproblem bezeichnen die Westmächte den von dem britischen Außenminister Eden auf der Berliner Konferenz vorgelegten Plan für gesamtdeutsche freie Wahlen. Der Eden-Plan sieht die Wiedervereinigung Deutschlands in folgender Reihenfolge vor: 1. freie Wahlen in ganz Deutschland, 2. Einberufung einer Nationalversammlung auf Grund des Wahlergebnisses, 3. Ausarbeitung einer Verfassung und 4. Bildung einer gesamtdeutschen Regierung.

## Auszug aus dem Kremel

Hamburg (DPA). Der Moskauer Kremel hat nach über-

# Trattendorf-Strom auf SED-Befehl

## Jugendliche bauen „das billigste Kraftwerk“

Mitten im Spreewald, dicht bei Spremberg, liegt der Flecken Trattendorf. Vor dem Kriege kam man auf den Gedanken, dort ein Kraftwerk zu errichten. Der Plan wurde verworfen, weil er zu kostspielig war. Die SED machte die alten Pläne ausfindig. Aber auch sie scheute vor den Kosten zurück. Viermal lehnten die Kalkulatoren ab, dann hatte die SED erfaßt, was hier einzusparen war: der Lohn für die am Bau beteiligten Menschen. Jugendliche sollten das Kraftwerk bauen, mit Freiwilligen-Brigaden. Am 28. April unterzeichnete der FDJ-Zentralrat einen Vertrag mit der Schwerindustrie: 30 000 junge Menschen versprachen der kommunistische Jugendverband zu liefern.

Vier Monate später ist aus dem, wie die SED damals erklärte, „billigsten Kraftwerk Europas“ ein sehr teures Kraftwerk geworden. Dutzende von Verletzten, Hunderte von Kranken hat der Bau inzwischen gekostet. Alle Kostenanschläge wurden vielfach übertroffen. Man baute auf Fundamenten, die sich bald darauf senkten. Straßen und Schienen versanken im Regenschlamm, halbfertige Bauten bekamen Risse, Sechszehnjährige Jungen und Mädchen leisteten schwerste Erd- und Montagearbeiten.

Bis Mitte Mai hatte die FDJ 4000 Jugendliche im „Verbandsauftrag“ nach Trattendorf „delegiert“. Dann fand sie keine freiwilligen Arbeitskräfte mehr. Die Nachrichten vom „Bau der Jugend“, wo Jungen und Mädchen ohne feste Unterkünfte waren, in Regen und Schlamm in Notzelten lebten, hatten sich herumgesprochen.

Ende Mai schickte das Ministerium für Gesundheitswesen eine Kommission. Die entschied: Sofortige Unterbrechung der Arbeiten und Bau menschenwürdiger Unterkünfte. Die SED vertuschte das Gutachten.

### Strom für die Nordzone

Das Doppelkraftwerk Trattendorf ist ein Teil des wirtschaftlich-strategischen Plans der SED. Danach wird die gesamte Zone in eine Nord- und eine Südzone unterteilt.

Aus dem Spreewald soll nun ein wesentlicher Teil der Nordzone mitsamt dem von Polen verwalteten Gebiet um Stettin mit Strom gespeist werden. Alle größeren wirtschaftlichen und militärischen Bauvorhaben in Mecklenburg und an der Küste scheiterten bislang am Energiemangel. Trattendorf sollte der

Schlüssel zur Industrialisierung der Nordzone sein.

Wer heute nach Trattendorf kommt, sieht etwas, was ihn äußerlich zu beeindrucken vermag: Riesengerüste wachsen aus dem Boden, Tausende junger Menschen schachten Fundamente und mauern die Turbinenhäuser hoch. Überall Vopoposten. Sie achten auf die am Bau Beteiligten nicht weniger als auf unliebsame Besucher. Es gibt Passierscheine, Morgen- und Abendappelle mit peinlicher Zählung, von dem Besucher wird eine Bescheinigung des Ministeriums für Schwerindustrie verlangt. Kürzlich ließ man nicht einmal den 1. Parteisekretär von Kottbus nach Trattendorf hinein: es fehlte der ministerielle Propusk. Was für Geheimnisse gibt es am „Bau der Jugend“?

Vor acht Wochen war ein Reportagekollektiv des „Neuen Deutschland“ in Trattendorf. Was sie sahen, ließ selbst die an vieles gewöhnten Ostjournalisten erlebigen. Krankheiten, die sich zu Epidemien auszuwirken drohten, Jugendliche in Tag- und Nachtschichten ohne ausreichende Verpflegung, tagelang kein warmes Essen, stundenlange Anmarschwege zu den Außenstellen, junge Mädchen beim Straßenbau. Von den Baustäben werden laufend Sondernachtschichten verlangt. Für Ausfälle kommt kein Ersatz. Im grellen Scheinwerferlicht ziehen Jugendbrigaden nachts auf Baustellen, die sie erst am Nachmittag verlassen haben. „Holt uns zurück oder sorgt für menschenwürdige Verhältnisse, wenn ihr uns schon mal hierher verpflichtet habt!“ wurde den Reportern erklärt.

Das SED-Zentralorgan hat

darüber tatsächlich einen Artikel veröffentlichen wollen, so ungeheuerlich erschienen die Verhältnisse in Trattendorf. Das SED-Zentralkomitee und das Ministerium für Schwerindustrie verhinderten auch diesen Bericht; der FDJ-Zentralrat hatte dafür gesorgt. Statt dessen wurde eine Riesen-Propagandakampagne gestartet: „FDJler — zum Bau der Jugend nach Trattendorf“, „Trattendorf — Bau der Ehre!“

Alle Aufrufe blieben ohne Erfolg. Man ging so weit, daß man Oberschüler, denen der Staat das Studium versagte, mit dem Versprechen, sie später zur Universität zuzulassen, zum Kraftwerkbau verpflichtete. Anderen wurde für ein halbes Jahr Trattendorf Vermittlung einer ausbaufähigen Stellung in der Schwerindustrie und Zulassung zur Ingenieurschule zugesichert.

Heute spricht niemand mehr davon. Über Trattendorf ist seit Wochen Nachrichtensperre verhängt. Die kommunistischen Redaktionen erhalten nur, was ihnen der zentrale Baustab als Kommuniqué präsentiert.

### Strenge Zensur

Briefe aus Trattendorf werden vom Baustab unauffällig zensuriert. In die umliegenden Dörfer oder nach Spremberg kommt kaum ein Jugendlicher, der beim Bau beschäftigt ist. FDJ-Kontrollposten beherrschen die Zugangswege zusammen mit den Streifen der Kasernierten Volkspolizei.

Der Bau verschlingt Millionen, die in keinem Plan verzeichnet sind. „Völlig urentabel“, sagen die Fachleute. Aber die SED braucht Strom für die Nordzone. In Eggesin liegt die Heeresgruppe Nord der Kasernierten Volkspolizei mit ihrer eigenen Bauunion. Sie will die Arbeiten an den Küstenbefestigungen vorantreiben, die 1953 eingestellt wurden; sie braucht Kasernen und Rüstungsschwerpunkte in Mecklenburg.

Wenn der erste Strom nach Eggesin und in die heute polnischen Gebiete kommt, wird jedes Kilowatt von der Jugend der Zone teuer bezahlt worden sein.

## Jakob Kaiser: Neue Lösungen suchen!

Zehntausende begingen den „Tag der deutschen Heimat“

Bonn (DPA/Eigenmeldung). Zehntausende von Vertriebenen begingen am Sonntag in der Bundesrepublik den Tag der deutschen Heimat. Die größte Veranstaltung war ein Kongreß der mitteldeutschen Landsmannschaften in Bochum. An einer Feierstunde in Bonn nahmen zahlreiche Vertriebene in den Trachten ihrer Heimat teil.

In Bonn erklärte Bundesminister Jakob Kaiser, jeder Deutsche müsse sein Bestes tun, um das verlorene deutsche Land auf friedlichem Wege wiederzugewinnen. Nach neuen Lösungsmöglichkeiten für die deutsche Frage müsse Ausschau gehalten werden. Kaiser wies darauf hin, daß die Vereinigten Staaten von Europa nicht von heute auf morgen aus der Taufe gehoben werden könnten. Da Großbritannien und Frankreich an ihrer Eigenständigkeit festhielten, könne die Bundesrepublik nur bestrebt sein, als gleichberechtigter Partner an die Seite der freien Staaten zu treten.

### Pflege deutscher Kultur

Berlin (DPA). Die „Deutsche Akademie für Sprache und Dichtung“ (Darmstadt) fordert in einem Aufruf die Pflege der ostdeutschen Kultur.

In der Erklärung heißt es u. a.: „Die nach göttlichem und mensch-

lichem Recht bestehende Forderung auf Rückkehr der Vertriebenen aus den östlichen deutschen Gebieten in ihre angestammte Heimat läßt sich nur erfüllen, wenn das deutsche Geistesleben in unserem Bewußtsein wach erhalten wird.“

## Bilanz der Leipziger Messe

Frage: Können die Abschlüsse verwirklicht werden?

Leipzig (Eigenbericht). Wenn heute die Tore der diesjährigen Leipziger Messe geschlossen werden, wird die Welt von einer Flut von Erfolgsberichten überschüttet werden. Nicht nur die „eingepflanzte“ Besucherzahl von rund 600 000 wird erreicht sein, sondern auch die Geschäftsabschlüsse werden im Vergleich zu den Vorjahresveranstaltungen beträchtliche Steigerungen aufweisen.

Vor allem hat man in Leipzig die Bestätigung erhalten, daß

Zur Pflege der ostdeutschen Kultur sollen die Mundarten des deutschen Ostens in den Hochschulen durch Forschung und Sammlung vor dem Absterben bewahrt werden. Außerdem müsse der „Ost-Unterricht“, die Beschäftigung mit dem literarischen, künstlerischen und wissenschaftlichen Erbe Ostdeutschlands, ausreichend entwickelt werden.

Der Aufruf schließt mit der Versicherung, daß die Akademie nicht müde werden wird, die Öffentlichkeit daran zu mahnen, denn „nichts ist in Wirklichkeit verloren, was nicht geistig verloren gegeben wird“.

die Sowjetzone eine große Exportoffensive vorbereitet. Sie hat inzwischen mit mehr als 60 Ländern Handelsverträge vereinbart.

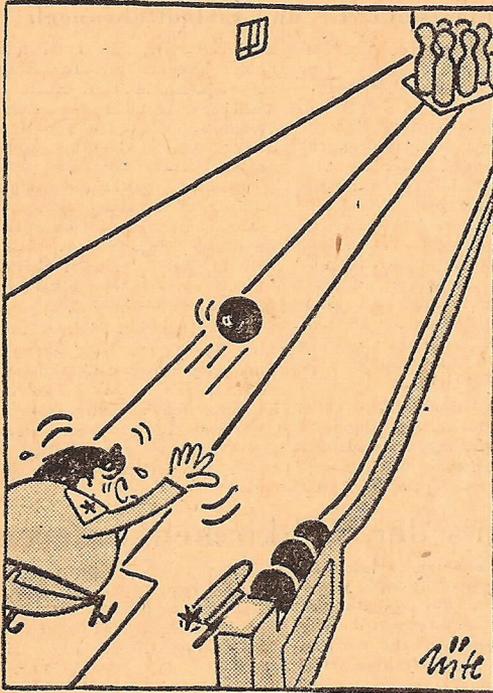
Trotz dieser Erfolge bleibt der Enderfolg jedoch zweifelhaft. In Leipzig ist nicht zwischen freien Kaufleuten verhandelt worden. Überwiegend sind dort vielmehr Vereinbarungen getroffen worden, deren Realisierung abzuwarten ist. Im Ostblock wird nicht mit Geld, sondern in der Regel nur mit Ware für Ware bezahlt. Der Ausgleich der Interzonen-Handelskonten bietet ja das beste und unmittelbare Beispiel. Alle Beteuerungen des Ostens, daß man zu einem verstärkten Warenaustausch bereit sei, dürfen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es äußerst schwer ist, Lieferungen und Gegenlieferungen so miteinander abzustimmen, daß keine großen Salden entstehen. Es sei hier auch nur an die Großabkommen der Russen mit den Schweden und den Engländern vor einigen Jahren erinnert, von denen nur ein Bruchteil eben wegen dieser Lieferschwierigkeiten realisiert werden konnte. Die Tatsache, daß heute die Sowjetzone riesige Posten von Ziervasen und von Waschseife aus China einführt, daß Rußland Zigaretten liefern muß, nur um die Verrechnungskonten auszugleichen, zeigt deutlich, wo die Grenzen solchen Handels liegen.

## Das Ostbüro der CDU teilt mit:

Wir empfehlen, gegenüber nachstehend genannten Personen insbesondere in Gesprächen Vorsicht walten zu lassen, da die Genannten verdächtig erscheinen, mittelbar oder unmittelbar Kontakt mit den sogenannten staatlichen Sicherheitsorganen zu haben, für diese Zuträgerdienste zu leisten oder für diese zu arbeiten:

1. Bartsch, Dresden, Leiter des Büros der Bezirksdirektion für Post- u. Fernmeldewesen.
2. Baudach, Richard, etwa 42 Jahre alt, zuletzt wohnhaft i. Küstrin-Kietz, Siedlung, Mitglied d. SED u. Mitglied von Massenorganisationen, SED-Funktionär, war nach 1945 vorübergehend Bezirksbürgermeister, zuletzt Leiter des sog. Volkskontroll-Ausschusses.
3. Bressen, Georg, etwa 31 Jahre alt, zuletzt wohnhaft i. Blankenburg, Kr. Angermünde, Neulehrer, Mitgl. d. SED, SED-Ortsvorsitzender gewesen und Mitglied der Gemeindevertretung.
4. Breuer, Erich, etwa 41 Jahre alt, zuletzt wohnhaft i. Sondershausen i. Thüringen, Leiter der Fahrberetschaft beim Kreisamt gewesen, später Angest. der Abt. Handel u. Gewerbe.
5. Wienke, Paul, etwa 28 Jahre alt, zuletzt wohnhaft i. Gnoiin, Kr. Malchin, früher wohnhaft gewesen i. Teterow, Kr. Malchin, Mitgl. d. SED, d. FDJ u. von Massenorganisationen, zuletzt Leiter der VEAB Gnoiin gewesen.

## Aus Moskau nichts Neues



### Moskauer Training für die Neuner-Konferenz

## Er sah hinter die Kulissen

Der britische Labour-Abgeordnete Donnelly ist auf einer Reise durch die Bundesrepublik und die Sowjetzone zu der Überzeugung gelangt, daß Großbritannien für die Einbeziehung einer wiederbewaffneten Bundesrepublik in ein vom Westen kontrolliertes Verteidigungssystem eintreten müsse.

Seine Reise durch die Sowjetzone, so erklärte Donnelly, habe ihn davon überzeugt, daß dieses Gebiet auf dem Wege zum absoluten Kommunismus sei. Der kommunistische Einfluß in der DDR sei so stark, daß er das Haupthindernis für eine Wiedervereinigung Deutschlands bedeute. Bei der Bevölkerung bestehe eine beträchtliche Opposition gegen das Sowjetzonenregime. Bei jeder Gelegenheit hätten ihm die Menschen zugeflüstert, daß sie unfrei seien.

Donnelly erklärte abschließend, vor seiner Reise habe er eine große Abneigung gegen einen deutschen Verteidigungsbeitrag gehabt.

## Sportler zog es nach dem Westen

Der polnische Ranglistenzweite im Federgewichtsboxen, Henryk Tyczynski, hat in Westberlin um politisches Asyl gebeten. Er war mit der Mannschaft des Warschauer Militärsportklubs „Gwardia“ in der Sowjetzone und benutzte einen Aufenthalt in Ostberlin, um die Grenze zum französischen Sektor zu überschreiten.

Der 26jährige Boxer gehörte 1951 der polnischen Nationalstaffel bei den Europameisterschaften in Mailand an. Er

## Ostliche Kurs-Akrobatik

Über erschreckende Erfahrungen mit den hohen Preisen in Sowjetrußland, die dem Reisenden erwachsen, der einen Dollar gegen vier Rubel umzutauschen gezwungen ist, berichtet der Korrespondent der „New York Times“. Für die Fahrkarte Berlin—Moskau hatte er einschließlich Schlafwagen 195 Dollar zu bezahlen; eine ähnliche Entfernung in den USA würde einschließlich Mahlzeiten etwa 72 Dollar kosten. Beim Wechseln an der Grenzstation wurde dem Amerikaner von dem russischen Reisebetreuer empfohlen, dem Gepäckträger für das Tragen von zwei Koffern mit Schreibmaschine vom Zug zum Wartesaal und zurück 30 Rubel (= 7,50 Dollar) zu bezahlen. In New York werden für den gleichen Dienst 75 Cts. berechnet. Fast 1,50 Dollar sollte im russischen Speisewagen eine Flasche Bier kosten. Ein Hotelzimmer in Moskau kann man sich für 19 Dollar je Tag im voraus bei Intourist reservieren lassen.

Solche Nachrichten von Rußlandreisenden, deren Zuverlässigkeit nicht zu bezweifeln ist (da sie sogar die sowjetische Zensur passieren), zeigen immer wieder, wie unreal die künstlichen Wechselkurse sind, die in den Sowjetstaaten und auch für die Sowjetzone offiziell festgesetzt wurden. Ein Dollar soll in der Sowjetzone bekanntlich mit nur 2,20 Ostmark angerechnet werden. Niemand würde ihn natürlich freiwillig dafür verkaufen und etwa fünf Dollar für ein Pfund HO-Butter ausgeben.

Es war immer schon ein schlechter Scherz, daß ausgerechnet die Ostmark fast doppelt so viel wert sein soll wie die Westmark. Auch für den Rubelkurs trifft die gleiche Kritik zu, so daß nur reiche Leute oder „Eingeladene“ an eine Moskauer Reise denken können.

meinte, viele polnische Sportler würden nach dem Westen gehen, wenn sie nicht Repressalien gegen ihre Angehörigen befürchteten.

Das bestätigt der polnische 10 000-m-Läufer Jan Miecznikowski. Er hat sich nach Beendigung der Europameisterschaften von seiner Mannschaft abgesetzt und die amerikanische Botschaft in Bern um politisches Asyl gebeten. Die Botschaft hat ihm als politischen Flüchtling ein Sondervisum erteilt.

# Berlins Theater in der neuen Spielzeit

## Umfangreiches Repertoire — Interessante Ur- und Erstaufführungen

Berlin muß seinen Ruf als Theaterstadt auch nach den Festwochen rechtfertigen. Die städtischen Bühnen spielen bereits, einige Theater warten bis zum Beginn der Festwochen.

Das SCHILLER-THEATER hat je zweimal Schiller und Shakespeare sowie einmal Goethe im Repertoire. „Faust I“, „Don Carlos“, „Kabale und Liebe“, „Trollius und Cressida“ sowie „Hamlet“ stehen neben Lessings „Minna von Barnhelm“, Kleists „Kätchen von Heilbronn“

**Freunde in der SBZ, die unsere Aufklärungsarbeit unterstützen und ihre Meinung über den Inhalt äußern wollen, bitten wir, den Fundort dieses Blattes an das Postschließfach Nr. 58 nach Berlin-Charlottenburg 9 mitzuteilen.**

und Grabbes „Scherz, Satire, Ironie und tiefere Bedeutung“ auf dem Programm. Als Uraufführung ist Hauptmanns „Magnus Garbe“ angekündigt. Deutsche Erstaufführungen sind Claudels „Christoph Columbus“ mit der Musik von Darius Milhaud und Freys „Das Dunkel ist hell genug“. Bleibt noch als Überraschung „Die Meuterei auf der Caine“ von Hermann Wouk. Das SCHLOSSPARK-THEATER übernimmt sechs Stücke aus der vergangenen Saison und bringt weitere acht Neuinszenierungen. Kaisers „Bürger von Calais“, „Kyrilz-Pyritz“ in einer Neubearbeitung, Goethes „Iphigenie“, Bruckners „Napoleon“. An deutschen Erstaufführungen stehen Graudoux' „Für Lukrezia“ und „A penny for a song“ von John Whiting auf dem Programm, außerdem zwei Uraufführungen: Lotars „Das Bild des Menschen“ und Rehfsachs „Der Kassenarzt“.

Interessant sind die Ankündigungen der

### TRIBÜNE.

Als eigene Inszenierung kommt am 17. September schon eine Kombination von drei Stücken heraus, von denen jedes ein-

zeln eine Ur- bzw. Erstaufführung ist. „Die Vögel“, eine Goethe-Bearbeitung des Stoffes von Aristophanes mit Musik von Jungk, „Peter und der Wolf“ von Prokofeff und „Le Renard“ von Strawinsky. Von Anouilh ist eine Komödie „Leocadia“ als Erstaufführung auf dem Spielplan und eine Uraufführung „Galgenstrick“ von Hans-Hellmut Kirst, dem Null-Acht-Fünfzahn-Autor. Bemerkenswert ist eine „Woche christlicher Dramatik“, die mit Unterstützung beider Kirchen ein reichhaltiges Programm „Von Claudel bis Barlach“ verspricht.

### Die KOMÖDIE

steht ganz im Zeichen der Komödie. Ob Curt Götz allerdings sein versprochenes Weihnachtsstück in Hollywood fertigbe-

kommt, weiß man noch nicht. Sicher dagegen ist „Die Erbin“ von den Engländern Ruth und August Götz nach dem Roman „Washington Square“ von Henry James. Am 12. Oktober kommt es mit Grete Mosheim, Peter Mosbacher, Walter Suessenguth und Käthe Haack heraus. „Die Hose“ von Sternheim mit Viktor de Kowa folgt. Noch vor Paris soll in Berlin die Welturaufführung von einem Stück Jacques de Valles erfolgen.

### Das HEBEL-THEATER

fühlt eine besondere Verpflichtung gegenüber den Ostbewohnern wegen seiner Lage hart am Eisernen Vorhang. Als Clou hofft man auf eine gemeinsame Uraufführung gleichzeitig mit Wien von „Camillo und Pepone“.

## Ergebnis der Weltkirchenkonferenz

Einer der ältesten christlichen Bräuche wurde auf der Weltkirchenkonferenz in Evanston erneuert: der Friedensgruß. Der Geistliche begrüßt im Gottesdienst die Ministranten mit einem Handschlag, der dann durch die Gemeinde hindurchgeht. Und die Repräsentanten von 200 Millionen Christen sangen Luthers „Eine feste Burg“ in vielen Sprachen. In der Lutherübersetzung wurde das Glaubensbekenntnis gesprochen. Dieses vielgestaltige Bild christlicher Einheit war das repräsentative Ergebnis dieser Konferenz.

In den Fragen der Praxis christlichen Lebens bewies die Konferenz allgemein eine bedeutsame Einmütigkeit. Einstimmig nahm man die Sektionsberichte entgegen, die allen Kirchen als Basis ihres Handelns empfohlen wurden und in denen die Aufgaben einer verantwortlichen Kirche programmatisch dargelegt werden: Christen haben Rassen-, Kasten-, Klassengrenzen zu überwinden, für soziale Gerechtigkeit zu kämpfen, die Kräfte der Freiheit zu stärken und den Totalitarismus zu verurteilen.

Bemerkenswert bleibt, daß sich diesen Erklärungen u. a. auch die Ungarn anschlossen.

Kirchen in 48 Nationen halten sie für verbindlich. So gibt es eine weltweite Übereinstimmung in politischen und ethischen Fragen unter den Christen. Diese neue Einheit in der Verantwortung dürfte vor der Zerrissenheit der Welt, an der die Kirchen sowohl im Geistigen als Geistlichen teilhaben, um so gewichtiger sein.

### SSD, herhören!

Der kleine TAG wird versandt und verteilt ohne Rücksicht auf die politische Gesinnung des Empfängers. Gegner sind als Empfänger sogar besonders beliebt, denn sie haben es nötiger als andere, die Wahrheit zu erfahren. Wer Verdacht hat, daß seine Post überwacht wird, kann den kleinen TAG also ruhig bei der Polizei oder beim Bürgermeisteramt oder bei seiner Dienststelle abgeben. Übrigens wird er auch dort gern gelesen.

Herausgeber: Deutschland-Verlag GmbH., Berlin - Charlottenburg 9, Reichsstr. 4. Tel. 92 02 31. Druck: W. Büxenstein, GmbH.